

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

- 02 Haushaltsberatungen 2017
- 03 Generalaussprache zum Haushaltsetat
- 04 Sigmar Gabriel über die Aufgaben der sozialen Marktwirtschaft
- 05 Klausur: SPD-Fraktion fasst Beschlüsse zu Sicherheit, Gesundheit, Alleinerziehenden, Mieten, Innovationen
- 07 Das sind die weiteren Koalitionsvorhaben
- 09 Veranstaltung: Mandat für Deutschland

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION JOHANNA AGCI, JASMIN HIHAT, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, UTE
RIECHERS

TELEFON (030) 227-51099 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE
REDAKTIONSSCHLUSS: 09.09.2016 13.00 UHR

TOP-THEMA

Haushaltsberatungen 2017

Großer Erfolg für die Sozialdemokraten: Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung setzt das Solidarprojekt der SPD-Fraktion um. Das bedeutet vor allem zusätzliche Investitionen in den sozialen Zusammenhalt.

In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause finden traditionell Haushaltsberatungen statt. So hat von diesem Dienstag an der Bundestag in erster Lesung über den Haushalt für das Jahr 2017 (Drs. 18/9200) und den Finanzplan bis 2020 (Drs. 18/9201) beraten. Bis zum Ende der Woche wurden die Einzelpläne der Ministerien debattiert. Über das Haushaltsgesetz stimmt das Parlament am Freitag, 25. November, namentlich ab.

Der Haushalt 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von 328,7 Milliarden. Das sind 11,8 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (316,9 Milliarden Euro). Der Gesetzentwurf sieht keine Aufnahme neuer Kredite vor. Dem Ausgabenplus stehen geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 13,72 Milliarden Euro gegenüber.

Für die Sozialdemokraten stehen bei den nun laufenden Haushaltsberatungen die Themen öffentliche Sicherheit, Alleinerziehende und die Angleichung von Ost/West-Renten im Vordergrund.

Carsten Schneider, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, machte deutlich, dass Investitionen in den Bereich Soziales für die SPD-Fraktion keine Kostenbelastung seien und dass sozialer Zusammenhalt mehr bedeute, als die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Bundesländern neu zu fassen. In diese Richtung hatte zuvor Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) argumentiert. Vielmehr gehe es laut Schneider darum, dass die Menschen sozial „besser leben können“. Er machte deutlich, dass sich seine Fraktion Steuerentlastungen nicht in den Weg stelle, sie müssten aber gezielt sein, nämlich vor allem bei Gering- und Mittelverdienern. Wichtig sei deshalb zu schauen, wo es „in der sozialen Sicherung noch Lücken“ gebe, etwa bei Alleinerziehenden.

Auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs sieht eine Steuerentlastung positiv und sprach davon, den Spitzensteuersatz zu verschieben; er greife zu früh.

Kahrs bezeichnete den Haushaltsentwurf als „gut“, an einigen Punkten müsse aber nachgebessert werden, zum Beispiel bei den Jugendintegrationsdiensten; da fehlt es an Mitteln.

Vor allem die Bundespolizei müsse weiter gestärkt werden, und zwar nicht nur personell, sondern auch bei ihrer Ausrüstung. Kahrs: „Die gehen auf dem Zahnfleisch und machen einen Wahnsinnsjob“.

Den Menschen überall im Land zu zeigen, wie die Politik die Probleme angehe und wie sie es schaffe, das sei nun dringliche Aufgabe.

Steuerentlastungen ja, aber sie müssen auch solide gegenfinanziert sein, dafür sprach sich auch der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Lothar Binding aus. Er warb für ein späteres Greifen des Spitzensteuersatzes, zugleich könne der dann aber erhöht werden.

Zum Hintergrund:

Bereits im Haushaltsvollzug 2014 kam der Bund ohne neue Schulden aus. Mit dem Bundeshaushalt 2015 hat der Bund zum ersten Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung sowohl aufgestellt als auch vollzogen. Auch der Bundeshaushalt 2016 sah keine

Nettokreditaufnahme vor. Mit dem Regierungsentwurf 2017 und dem Finanzplan bis 2020 wird dieser nachhaltige Kurs fortgesetzt – Jahr für Jahr.

Generalaussprache zum Haushaltsetat

Es ist der Tag der Abrechnung für die Opposition: die Generaldebatte im Bundestag anlässlich der Haushaltsberatungen. Traditionell werden alle wichtigen politischen Themen behandelt. Es ist aber auch der Tag der Bilanzierung für die Regierungsfractionen: Was ist erreicht worden, was soll noch kommen? Es geht darum, Politik zu erklären.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Thomas Oppermann warnte gleich zu Beginn seiner Rede am Mittwoch die Linken und Grünen davor, antitürkische Ressentiments zu schüren. Die beiden Oppositionsfractionen hatten zuvor das Flüchtlingsabkommen zwischen EU und Türkei kritisiert. Oppermann machte klar: „Das Türkeiabkommen hilft vor allem den Flüchtlingen in der Türkei“. Es sei sinnvoll.

Ein alle Redner begleitendes Thema in der Debatte war der Erfolg der rechtspopulistischen AfD. Für Oppermann kann eine Demokratie nur funktionieren, wenn „die Menschen tolerant zusammen leben und der Staat inneren Frieden garantiert“.

Er ist sicher, dass „wir den Rechtspopulisten am schnellsten das Wasser abgraben können, wenn wir mit einem handlungsfähigen Staat für öffentliche Sicherheit sorgen und uns um soziale Sicherheit kümmern. Auf dieser Grundlage werden wir die kulturellen Herausforderungen der Integration meistern.“

Vor diesem Hintergrund dankte Oppermann dem Koalitionspartner CDU, dass die Phantomdebatte um ein Burka-Verbot beendet sei. „Es gibt viele gute Gründe gegen die Burka, aber mit innerer Sicherheit hat das ganz sicher nichts zu tun. Wer solche Debatten hochzieht, die Angst machen und nicht zu mehr Sicherheit führen, trägt ganz entscheidend zur Unsicherheit in Deutschland bei“, sagte Oppermann.

In Sachen Sicherheit konstatierte er ein großes Bedürfnis der Bevölkerung. Viele seien verunsichert. Deshalb forderte der Fraktionschef erneut weitere 3000 Stellen bei der Bundespolizei und mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Das stärke nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, „es verbessert auch die Möglichkeiten, Gefahren zu bekämpfen, Straftaten aufzuklären und Verbrecher dingfest zu machen.“

Eine Perspektive in der Mitte der Gesellschaft

Öffentliche Sicherheit allein reicht aber nicht aus, auch soziale Sicherheit ist vonnöten. Das machte Oppermann sehr deutlich. Denn: „Menschen, die eine Zukunft für ihr Leben und für das ihrer Kinder sehen, sind weniger anfällig für Extremismus und weniger anfällig für Hass und Gewalt. Ein guter Schulabschluss, echte Aufstiegschancen und eine Perspektive in der Mitte der Gesellschaft gehören deshalb auch mit zu einer richtig verstandenen Sicherheitspolitik.“

Dazu gehört auch eine anständige und durchdachte Integrationspolitik. Die wurde, so führte Oppermann aus, vor allem durch das beschlossene Integrationsgesetz angestoßen – auf Druck der Sozialdemokraten. Fördern und Fordern lautet die Maxime.

Doch nicht nur den Flüchtlingen wird geholfen. Oppermann zählte auf: „Wir fördern beherzt Wohnungsbau, Kita-Plätze und Eingliederungshilfen in den Arbeitsmarkt. Bei diesen Förderprogrammen müssen wir genau darauf achten, dass Flüchtlinge und Deutsche gleichermaßen davon profitieren, dass sie nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

Dass die Koalition noch viel vorhat, wurde am Ende von Oppermanns Rede deutlich: „Wir wollen die Betriebsrenten stärken. 40 Prozent der Arbeitnehmer bekommen derzeit keine betriebliche Altersversorgung“, sagte Oppermann. Und auch die Angleichung der Renten Ost an West stehe oben auf der Agenda. Oppermann: „Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.“ Ebenso noch kommen soll die solidarische Lebensleistungsrente für diejenigen, die jahrzehntelang Rentenversicherungsbeiträge gezahlt haben. Sie müssen im Alter mehr haben, als jemand, der nicht gearbeitet hat.

Zu sozialer Sicherheit gehört für die SPD-Fraktion auch, dass sie Menschen mit Behinderung weiter stärkt. Das Bundesteilhabegesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen die in dieser Legislaturperiode kommen muss, denn Behinderung darf keine Armutsfalle sein, weder für Menschen mit Behinderungen noch für ihre Familien.

Arbeiten gut und sachlich zusammen

Mit einem fulminanten Rundumschlag listete auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs die (finanziellen) Erfolge sozialdemokratischer Politik in der Koalition auf: Mindestlohn, Frauenquote, Mietpreisbremse, Städtebauförderung, Rente ab 63, Mütterrente, Kitausbau, Kultur- und Sportförderung, Krisenprävention, Verkehrsinfrastruktur, Integrationsleistungen und vor allem Entlastung der Kommunen. Noch nie zuvor habe eine Koalition derart investiert und entlastet, sagte Kahrs. „Wir arbeiten gut und sachlich zusammen“, bekräftigte er – und das werde auch so bleiben. Kahrs prognostizierte Einigungen beim Bundesteilhabegesetz ebenso bei der Erbschaftsteuer und den Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

Für die AfD hatte er passende Worte parat: „Die appellieren nur an den inneren Schweinehund – Hass, Neid, Missgunst. Dagegen hilft nur saubere Sacharbeit.“

Auch die weiteren SPD-Redner Bettina Hagedorn und Dennis Rohde warben für eine Rentenangleichung Ost/West und für sozialen Zusammenhalt. Rohde stellte klar: „Ich will in keinem Land leben, in dem das Gegeneinander vor dem Miteinander steht!“

Haushaltswoche: Sigmar Gabriel über die Aufgaben der sozialen Marktwirtschaft

Wenn Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) ans Rednerpult im Bundestag tritt, wird es sehr schnell sehr still im Plenum. Kein Wunder, denn auch mit seiner Rede an diesem Donnerstag anlässlich der Haushaltsberatungen hat Gabriel bewiesen, warum ihm die Aufmerksamkeit der Abgeordneten gewiss ist.

Im Zentrum seiner Ausführungen stand die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Lage sehr gut, die Arbeitslosigkeit auf einem Tiefststand, die Löhne und Gehälter steigend, die Auftragsbücher voll. Kurz: Die Richtung der Koalition stimmt. Und doch sind viele Menschen verunsichert, ja sogar skeptisch. Diesem Paradoxon trug Gabriel nun Rechnung.

Er verwies zum einen darauf, dass „Leistung wieder Anerkennung“ finde und sich Anstrengung wieder lohne; er erklärte aber auch, was die soziale Marktwirtschaft ausmachen muss. Gabriel: „Soziale Marktwirtschaft ist ein Aufruf für Teilhabe, sie ist ein Versprechen für Wohlstand für alle“.

Die Politik darf „dabei nicht Zuschauer sein, sondern sie muss sich einmischen“ und Regeln setzen, stellte Gabriel klar. Was das bedeutet, erklärte er an dem Beispiel der

Steuervermeidungen von multinationalen Großkonzernen wie Apple oder Amazon. „Es geht nicht darum, diese Unternehmen vorzuführen, aber sie dürfen sich nicht aufführen wie Feudalherren“. Die soziale Marktwirtschaft müsse auch in internationale Verhandlungen eingebracht werden.

Solche Aktionen wie Steuerdumping führen nicht zuletzt zu einem Gefühl von Ungerechtigkeit, und das gelte es zwingend zu vermeiden, machte Gabriel deutlich. Eindringlich warb er für einen Ausbau des Solidarpaktes zugunsten der einheimischen Bevölkerung. „Wir müssen in einer Lage, in der wir binnen eines Jahres mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen haben, die Gesellschaft zusammenhalten. Das ist die eigentliche Schicksalsfrage“, sagte Gabriel und mahnte: „Weniger denn je dürfen wir die soziale Stabilität und den inneren Frieden aufs Spiel setzen.“

Politik lebt vom aktiven Handeln

Die Menschen, die in Deutschland Schutz suchten, hätten Solidarität verdient. „Aber nicht nur die. Konkurrenz am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt, Sorgen um die Qualität der Schulen, Sorgen um Kriminalität in schwierigen Stadtteilen – das betrifft vor allem die in Deutschland, die nicht viel Geld haben.“ Das auszusprechen und für einen Zusammenhalt der Gesellschaft zu sorgen, bedeute „nicht, Rechtspopulisten das Wort zu reden“. Es handele sich auch nicht um ein Ausspielen von Flüchtlingen gegen Einheimische. Es bedeute, Menschen ernstzunehmen und ihnen zu zeigen, dass niemand vergessen werde. „Denn Politik lebt vom aktiven Handeln und nicht von Durchhalteparolen.“ Diese beiden Aufgaben subsumierte Gabriel unter dem Label „doppelte Integration“. Anerkennend lobte er: „Ich kenne kein anderes Land der Erde, das dazu so schnell in der Lage gewesen wäre.“

Und aus diesen Gründen dürfe der Staat nicht handlungsunfähig werden, etwa durch Steuersenkungsversprechen, die am Ende keiner bezahlen könne. Die Menschen, so erklärte es der Vizekanzler, sehnen sich nach einem starken, aber nicht übergriffigen Staat. Auf diese Balance komme es an, denn Sicherheit habe viele Facetten, bis hin zu sozialem Wohnungsbau. Solidarität dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Als weitere Aufgaben nannte Gabriel, die Risiken von abhängig Beschäftigten zu minimieren, Kleine Unternehmen sowie Familien und Alleinerziehende zu entlasten und mehr in Bildung zu investieren. Dazu gehöre die Sanierung der Schulen genauso wie das Vorhaben, die modernste Infrastruktur der Welt zu schaffen. Gabriel: „Der Bund will den Ländern im Bildungsbereich helfen“, aber dann müsse das Kooperationsverbot abgeschafft werden. Es sei „eine Wachstumsbremse“.

FRAKTION

SPD-Fraktion fasst Beschlüsse zu Sicherheit, Gesundheit, Alleinerziehenden, Mieten

Zur Vorbereitung auf die kommenden Monate hat sich die SPD-Bundestagsfraktion zwei Tage getroffen und die Marschrouten für ihre parlamentarische Arbeit festgelegt. Mehrere Beschlüsse hat die Fraktion gefasst:

Öffentliche Sicherheit in Deutschland stärken

In dem Beschlusspapier fordern die Sozialdemokraten, dass die Polizei personell aufgestockt werden muss, und zwar um mehrere tausend Stellen beim Bund und in den Ländern. Ziel ist es, mehr Prävention und vor allem mehr Polizeipräsenz herzustellen. Thomas Oppermann sagt:

„Wir wollen das Sicherheitsgefühl der Menschen stärken“, es beginne schon vor der eigenen Haustür.

Vordringlich ist laut Beschluss eine bessere Ausstattung der Polizei von Bund und Ländern. Insbesondere ihre Informations- und Kommunikationstechnologie muss umfassend modernisiert werden. Grundgesetzänderungen zur Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren lehnt die Fraktion strikt ab.

Kinderehen sollen verboten werden. „Die Ehemündigkeit wollen wir ohne Ausnahme auf 18 Jahre festsetzen“, erklärte Thomas Oppermann. Denn: „Minderjährige gehören in die Schule, in die Ausbildung, nicht in die Ehe“, so Oppermann weiter.

Die Sozialdemokraten setzen sich auch für eine stärkere Justiz ein: Verfahren müssen schneller abgewickelt und Straftaten konsequenter verfolgt werden.

Die SPD-Fraktion fordert nach dem Vorbild des deutschen Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums ein Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene, in dem ein koordinierter und regelmäßiger Austausch der Sicherheitsbehörden stattfindet.

Bedeutsam sind für die SPD-Fraktion aber auch wirksame Präventionsmaßnahmen gegen jede Art von Extremismus. Es bedarf der Aufklärung über ideologischen und religiösen Fanatismus, schulischer und politischer Bildung und der flächendeckenden Etablierung von Programmen zur Deradikalisierung.

Mehr Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, Schluss mit der Teilzeitfalle

Obwohl Alleinerziehende Enormes leisten, meist erwerbstätig und gut ausgebildet sind, haben sie in Deutschland ein sehr hohes Armutsrisiko. Zusätzlich zu den zahlreichen Maßnahmen, die die SPD-Fraktion bereits in den letzten Jahren für Familien – und speziell für Alleinerziehende – umgesetzt hat, wollen die SPD-Abgeordneten noch bis zum Ende dieser Legislaturperiode unter anderem den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende deutlich ausweiten – die Altersgrenze des Kindes für den staatlichen Vorschuss soll von jetzt zwölf auf 18 Jahre angehoben werden. Darüber hinaus sollen getrennt lebende Eltern, die Hartz-IV-Leistungen erhalten und im Wechsel ihre Kinder betreuen, einen Umgangsmehrbedarf bekommen. Die Fraktion fordert dem Papier zufolge außerdem einen Anspruch auf befristete Teilzeit und damit einhergehend ein Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.

Paritätische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen

Die Krankenkassen sollen in Zukunft wieder paritätisch je zur Hälfte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern getragene Beiträge erhalten. So steht es in dem entsprechenden Beschluss. Die SPD-Fraktion will die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung – für eine gleiche und gerechte Beitragsbelastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern!

Für eine soziale Innovationspolitik

Die bisher praktizierte Innovationspolitik in Deutschland geht von einem rein technischen Innovationsverständnis aus, das soziale Innovationen außen vor lässt. Die SPD-Fraktion will das nun ändern und hat auch dazu einen Beschluss verabschiedet.

Soziale Innovationen sind neue Wege, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Beispiele für soziale Innovationen der Vergangenheit sind die Einführung der Sozialversicherung (1880) oder die Einrichtung von Hospizen (1960er). Soziale Innovationen der jüngeren Zeit sind zum Beispiel neue Arbeitsformen wie Telearbeit oder neue Konsumformen wie Car-Sharing.

In den letzten Jahren hat sich bislang vor allem in Großstädten eine junge, vitale Szene etabliert, die sozial orientiert ist und mit unternehmerischen Mitteln soziale Probleme löst – aber

kaum staatliche Förderung bekommt. Die Sozialdemokraten wollen dem Beschlusspapier zufolge diese „Social Startups“ im Rahmen der Gründungs- und Wachstumsförderung ebenso fördern wie „normale“ Startups. Auch wollen sie den Aufbau entsprechender Gründerzentren und Inkubatoren (Kompetenz-zentren) mit einem speziellen Förderprogramm unterstützen.

Die SPD-Fraktion will zudem die Beschaffungspotenziale der Öffentlichen Hand stärker nutzen und sieht dafür ein Potential von einem Prozent der Öffentlichen Beschaffungen.

Mietrecht sozial gestalten und bezahlbare Wohnungen schaffen

Mit einer gesetzlichen Verpflichtung von Vermieterinnen und Vermietern, Vormieten offen zu legen, setzt sich die SPD-Fraktion in einem Positionspapier dafür ein, die bestehende Mietpreisbremse zu verbessern. Nur so haben Mieterinnen und Mieter die Möglichkeit, gegen überhöhte Mieten vorzugehen. Auch soll ein Rückzahlungsanspruch zukünftig rückwirkend ab Vertragsabschluss gelten, so dass dann sämtliche Rückzahlungsansprüche geltend machen können.

Die bereits beschlossene Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf mehr als 1,5 Milliarden Euro von 2017 an ermöglicht den Ländern, konsequent in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Aber: Der Bedarf nach neuen Wohnungen bleibt absehbar hoch und erfordert auch in Zukunft ein gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen. Damit die Förderung des sozialen Wohnungsbaus aber nicht nur von der Finanzkraft der Länder und Kommunen abhängig ist, will die Fraktion durch eine Änderung des Grundgesetzes erreichen, dass der Bund die Kompetenz erhält, auch nach 2019 die soziale Wohnungspolitik mitzugestalten.

Die Papiere sind auf der Website der Fraktion herunterladbar.

KOALITION

Das sind die weiteren Koalitionsvorhaben

Die SPD-Bundestagsfraktion will in dieser Legislaturperiode noch vieles umsetzen, was das Leben der Menschen in unserem Land verbessert und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt. Zum Auftakt nach der Sommerpause treffen sich an diesem Donnerstag und Freitag die SPD-Abgeordneten zur Fraktionsklausur im Reichstagsgebäude. Beraten wird dabei unter anderem über die Themen Mieten und Wohnen, öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Familien und Innovationen.

Viele Vorhaben der Koalition sind darüber hinaus im parlamentarischen Verfahren oder kurz davor. Hier ein Überblick:

Öffentliche Sicherheit

In der Innenpolitik steht noch einiges auf der Agenda der Sozialdemokraten. So setzt sich die SPD-Fraktion für eine massive Aufstockung des Personals bei der Bundespolizei ein und will eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden durchsetzen. Das soll noch in diesem Jahr gesetzlich beschlossen werden. Zudem wird die Koalition weitere Verbesserungen personeller und technischer Natur zugunsten der öffentlichen Sicherheit prüfen.

Verkehrsinvestitionen

Das Verkehrsnetz des Bundes bildet das Rückgrat des Transitlands Deutschland. Mit einem Gesamtvolumen von rund 270 Milliarden Euro wird der Bund nun laut des beschlossenen

Bundesverkehrswegeplans bis zum Jahr 2030 in seine Verkehrswege investieren. Dabei gilt: Erhalt hat Vorrang vor Neu- und Ausbau.

Gleiche Renten in Ost- und Westdeutschland

Wir wollen, dass spätestens im Jahr 2020 gleiche Renten in Ost- und Westdeutschland gezahlt werden. Deshalb ist im Koalitionsvertrag vereinbart worden, in dieser Legislaturperiode die rentenrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dazu hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mit der Einführung eines einheitlichen Rentenwertes wird eine große Gerechtigkeitslücke zwischen Ost- und Westdeutschen geschlossen.

Lebensleistungsrente und betriebliche Vorsorge

Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet und viele Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, sollen eine Rente erhalten, die über der Grundsicherung liegt. Darauf hat sich die Koalition verständigt. Um das Rentenniveau für die künftigen Rentnerinnen und Rentner möglichst stabil zu halten, wollen wir die betriebliche Altersvorsorge stärken. „Vor allem mehr Beschäftigte in kleineren und mittelständischen Unternehmen sollen von der betrieblichen Altersvorsorge profitieren“, bekräftigt der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet derzeit ein Konzept, das in ein Gesetz münden soll.

Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz ist eines der größten sozialpolitischen Vorhaben in dieser Legislaturperiode. Damit wird die UN-Behindertenrechtskonvention weiter umgesetzt. Menschen mit Behinderungen erhalten mehr Selbstbestimmung und eine Beratung „wie aus einer Hand“. Außerdem bekommen sie sowie ihre Partnerinnen und Partner mehr finanziellen Spielraum. Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf beschlossen, der im Herbst das Parlament erreichen wird.

Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen bekämpfen

Wir sorgen dafür, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach neun Monaten den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbeschaft. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Kabinett bereits beschlossen. Ende September soll er in 1. Lesung vom Bundestag beraten werden. Demnach müssen Leiharbeiter nach 18 Monaten, wenn sie es wollen, in ein festes Arbeitsverhältnis im Entleihunternehmen übernommen werden. Außerdem definieren wir darin die Abgrenzung von Arbeitnehmern, Leiharbeitnehmern und Werkvertragsnehmern neu, um den betrügerischen Absichten von schwarzen Schafen unter den Unternehmern etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Das stärkt die Rechte der Beschäftigten und schützt ehrliche Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb.

Lohngerechtigkeit

Frauen verdienen für die gleiche Arbeit durchschnittlich 21 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Das wollen wir ändern und werden nicht nachlassen, damit ein Lohngerechtigkeitsgesetz (Entgeltgleichheit) noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt wird. Mittels eines Auskunftsrecht nach dem männlichen Durchschnittsverdienstes schaffen wir Transparenz, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt, der jedoch von der Union blockiert wird.

Kommunen und Pflege

Die Koalition will einen weiteren Schritt bei der Pflegereform gehen. Wir sorgen vor Ort dafür, dass in den Städten und Gemeinden die Angebote für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen bei der Infrastruktur und der Beratung gestärkt werden. Gleichzeitig gehen wir damit gegen Pflegebetrug vor, indem wir die Kontrollmöglichkeiten durch den Medizinischen

Dienst der Krankenversicherung verbessern. Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf bereits verabschiedet. Er soll noch in diesem Jahr vom Parlament beschlossen werden.

Pflegeberufe

Künftig soll es anstatt drei unterschiedlichen Pflegeausbildungen eine fachübergreifende dreijährige Pflegeberufsausbildung geben. Ziel ist es, die Pflegeberufe attraktiver zu machen. So soll der Besuch der Pflegeschulen bundeseinheitlich gebührenfrei sein. Zusätzlich soll es für besondere Leitungsaufgaben ein dreijähriges Pflegestudium geben. Dadurch wird insgesamt ermöglicht, einfacher zwischen der Kranken-, Kinder- und Jugend- sowie Altenpflege zu wechseln. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf bereits in 1. Lesung beraten.

Steuergerechtigkeit

Eine höhere und umfassendere Erbschaftsteuer gehört für die SPD-Fraktion zur Steuergerechtigkeit. Ein ausgearbeitetes Konzept der Koalition wurde vom Bundesrat gestoppt. Gegenwärtig laufen dazu die Verhandlungen, sodass noch in diesem Jahr ein Gesetz verabschiedet werden kann.

Mieten

Auf Druck der SPD-Fraktion hat die Koalition die Mietpreisbremse samt Bestellerprinzip bei Maklern eingeführt. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) erörtert eine weitere Anpassung des Mietrechts, um Mietern mehr Rechte zu sichern. Die SPD-Fraktion wird dazu ebenso Vorschläge präsentieren.

Klimaschutzziele

Mit einem nationalen Klimaschutzplan werden konkrete Maßnahmen festgelegt, um die Klimaschutzziele bis 2050 zu erreichen. Auch Deutschland muss sich trotz seiner Vorreiterrolle noch gewaltig anstrengen, um klimaneutral zu werden. Die Bundesministerien für Umwelt sowie Wirtschaft und Energie haben dazu Pläne vorgelegt - was wir unterstützen. Ein Beschluss der Regierung wird jedoch von Unionsseite blockiert. Zudem muss Deutschland noch das Klimaschutzabkommen der Vereinten Nationen ratifizieren, auf das sich die Weltgemeinschaft im vergangenen Dezember verständigt hat. Das dafür notwendige Vertragsgesetz soll am 22. September erstmalig im Bundestag beraten und am 21. Oktober in 2./3. Lesung beschlossen werden.

Atommüll

Bei der Entsorgung von radioaktiven Abfällen ist ein hohes Sicherheitsniveau gefordert, um Menschen und Umwelt nicht zu gefährden. Dafür werden wir Sorge tragen. Das Ziel ist, einen Standort in Deutschland zu suchen, der den hohen Anforderungen gerecht wird. Und bei dessen Suche die Öffentlichkeit beteiligt wird. Die Grundlagen für die Lagerung radioaktiver Abfälle müssen basierend auf dem Bericht der Endlagerkommission noch in dieser Legislaturperiode in ein Gesetz münden.

VERANSTALTUNG

Mandat für Deutschland

Zusammenhalten und zusammen gestalten – unter diesem Motto hat die SPD-Bundestagsfraktion türkeistämmige Sozialdemokraten aus Kommunalparlamenten, Landtagen und dem Europäischen Parlament in den Reichstag eingeladen.

Die Bundestagsabgeordneten berieten am Donnerstag mit ihren Kolleginnen und Kollegen darüber, wie sich verhindern lässt, dass der Konflikt in der Türkei auch hierzulande zu einer Spaltung der Gesellschaft führt. Erörtert wurde auch die Frage, wie sich die Teilhabe der

türkeistämmigen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland weiter verbessern lässt. Und: Wie kann man die Zusammenarbeit von und mit türkeistämmigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in Bund, Ländern und Kommunen intensivieren?

Fakt ist: Die aufgeheizte politische Lage in der Türkei hat auch in Deutschland zu einer intensiven Debatte und Polarisierung geführt. Türkeistämmige Abgeordnete sind besonderem Druck ausgesetzt. Gleichzeitig brechen in Deutschland längst beigelegt geglaubte Konflikte wieder auf, zum Beispiel über die doppelte Staatsbürgerschaft.

Fakt ist aber auch: Bürgerinnen und Bürger mit türkischem Migrationshintergrund sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Das muss sich sowohl in ihrer Repräsentanz in politischen Gremien als auch in ihrem Bild in der Öffentlichkeit widerspiegeln.

Mehr als 150 Abgeordnete aus ganz Deutschland folgten an diesem Donnerstag der Einladung der SPD-Fraktion, erörterten diese und weitere Fragen. Zu Beginn der Veranstaltung mahnte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann davor, die Parolen der AfD zu übernehmen, das hintertreibe Integration. Er formulierte einige seiner Fragen, die er diskutieren wollte: Wie lässt sich Kritik an der Regierungspolitik Erdogans üben, ohne das Ehrgefühl der Türken zu verletzen? Und wie lässt sich das gestalten, ohne dass antitürkische Ressentiments geschürt werden?

SPD ist seit mehr als 150 Jahren Expertin für sozialen Zusammenhalt

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) erläuterte, dass die ältere Einwanderergeneration Ansprechpartner bei der Sozialdemokratie gefunden habe - auch deshalb seien die Beziehungen zwischen den Sozialdemokraten und türkeistämmigen Bürgern bis heute eng. Ihm gehe es darum, wie man gemeinsam Brücken bauen könne, um zum Beispiel auch diejenigen jenseits von Erdogans Regierungspolitik in der Türkei zu erreichen. Er stellte klar: "Wir werden keine Spaltung in Deutschland zulassen." Im Gegenteil: "Wir wollen den Doppelpass ausweiten. Die SPD ist seit mehr als 150 Jahren Expertin für sozialen Zusammenhalt". Deshalb forderten die Sozialdemokraten "funktionierende Integrationsstrukturen". Dazu gehören für Gabriel unter anderem Bildung, Wohnen, Arbeit. Mit dem von ihr angestoßenen Solidarpakt sei die SPD-Fraktion auf einem sehr guten Weg, die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat sich in der Tat stets für Belange von Bürgern mit türkischem Migrationshintergrund eingesetzt und wird das auch in Zukunft tun. Nicht zuletzt den türkeistämmigen SPD-Mandatsträgerinnen und -Mandatsträgern ist es zu verdanken, dass die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten die Treiber für die gesellschaftliche Integration aller hier lebenden Menschen sind – für Chancengleichheit, ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und eine Kultur der Vielfalt und Toleranz.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz waren unter anderem: Sigmar Gabriel (Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Serpil Midyatli (SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein), Michelle Müntefering (Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe), Thomas Oppermann (Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion), Mahmut Özdemir (Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion), Zahide Sarikas (Stadträtin der Stadt Konstanz) und Gökay Sofuoğlu (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland).

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>